

A 2

P. I. C.

— SECRETARIAAT: —
PERSMATERIAAL VAN DE GROEPEN VAN KAPELSTR. & RUSSUM
Amsterdam, 8 Jan.
INTERNATIONALE COMMUNISTEN

Die holländische Sozialdemokratie
und ihre linke Strömung.

II.

Der Weg zum Faschismus.

Deze mededelingen worden
toegezonden aan de Rev. pers.
Men wordt verzocht te plaatsen
wat voor de lezers van belang
kan zijn. Op aanvraag krijgt
ieder deze mededelingen ge-
regeld toegezonden. Gaarne
ontvangt het secretariaat de
uitgaven der verschillende or-
ganisaties als ruilmateriaal.

Die Reibungen in der holländischen Sozialdemokratie drehen sich in der Hauptsache um den Ministerialismus, sowie verschiedene Einstellung zur Gewerkschaftspolitik, zur Agrarfrage und Kolonialpolitik. Teilweise haben sie nur den Charakter einer Opposition, im Übrigen muss aber doch von einer tatsächlichen Linksströmung gesprochen werden. Unter Opposition verstehen wir, dass sowohl linker als rechter Flügel von denselben Grundprinzipien ausgehen, aber die Linken etwas "höhere" Forderungen stellen als die Rechten. Bei einer wirklichen Linksströmung liegen aber tatsächlich andere Grundanschauungen vor. Opposition und Linksströmung sind natürlich nicht scharf getrennt und wir scheiden die Dinge auch nur, um unterscheiden zu können.

Es ist notwendig diese Trennung vorzunehmen, weil anders die Verhältnisse in der S.D.A.P. unverständlich sind. So war es z. B. schon seit ein paar Jahren kaum möglich, einem sozialdemokratischen Arbeiter zu begegnen, der nicht in Gegensatz zu seinen Vorständen stand, doch war es unmöglich, die grosse Masse der Unzufriedenen als Opposition zusammenzufassen, sie konnten nicht einmal ein kleines Oppositionsblatt herausbringen. Der Grund war eben, dass keine wirklich politischen Differenzen vorlagen. Doch reiften auch diese langsam heran, welcher Prozess von den aus der K.P.H. ausgetretenen Intellektuellen sicher beschleunigt wurde. So kam es dann endlich zu einer "Linksströmung", welche am 15. Sept. 1928 ein "linkssozialistisches Wochenblatt": De Socialist unter der Schriftleitung von Edo Fimmen, J. de Kadt und P.J. Schmidt herausgab.

War mit der allgemeinen Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Arbeiter bekannt ist, sollte nun annehmen, dass die Ausgabe der neuen Wochenschrift zu einer schnellen Gruppierung der Unzufriedenen führen würde. Solche Annahme hat sich aber als falsch erwiesen, die Linkssozialisten bleiben vorläufig noch eine kleine Gruppe. Es zeigt sich eben, dass die Arbeiter auch von der geringsten Änderung gewisser Grundprinzipien nichts wissen wollen, dass ihre Unzufriedenheit also noch kaum als Opposition zu bezeichnen ist. Die Linksströmung in der S.D.A.P. ist noch nicht mehr als veraltete Gasbläschen (leider nur stinkende), die aus dem grossen Sumpf aufsteigen.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen wollen wir jetzt den Charakter der Linksbewegung näher prüfen. Der erste Streitpunkt ist der

Ministerialismus.

Dieses Thema können wir kurz abtun. Die Linken stehen in dieser Frage auf demselben Boden als ihre rechten Brüder. Auch sie wollen die "Eroberung von Regierungsposten", nur nicht um jeden Preis, während die sozialistischen Minister und andere sozialistische Verwalter des Kapitalistischen Staates der Partei verantwortlich sein sollen. Ein prinzipieller Gegensatz innerhalb der S.D.A.P. ist in dieser Beziehung nicht vorhanden; es handelt sich nur um ein

2
 Mehr und Weniger auf derselben Grundlage. Hier ist also keine Linksströmung, sondern nur Opposition. Der Standpunkt der Linken wird von ihrem marxistischen Theoretiker F.v.d. Goss in der Probenummer ihres Blattes folgendermassen formuliert: "Ist es für eine sozialistische Partei möglich, mit kapitalistischen Parteien zusammen zu regieren in dem Sinne, dass dadurch die Ehre des Sozialismus und die Interessen der Arbeiterklasse gefördert werden? Unter der Bedingung, dass gewisse praktische Forderungen erfüllt sind, muss nach unserer Meinung diese Frage bejaht werden?"

Das ist sicher deutlich genug. Mag man heute in der K.P.D. Presse auch mit der Fimmenschen Linksströmung hausieren gehen, es sind und bleiben Regierungssozialisten.

Ein anderer Streitpunkt ist die Gewerkschaftspolitik.

Auch diese gibt für uns wenig Anleitung zu Bemerkungen, weil auch hier kein prinzipieller Gegensatz vorhanden ist. Die Linken wollen, dass die Gewerkschaften ihre nationale Einstellung aufgeben, um zu einer internationalen Kampffront zu gelangen. - Dasselbe Lied singen ja die Rechten auch. - Fragt man nun, wie dies zu erfüllen sei, so wird man verwiesen auf "Machtformung" durch Steigerung des Mitgliederbestandes. Die 100 % Gewerkschaften sollen es eben machen. Internationale Forderungen werden noch nicht gestellt und für die "Nationale" gelten dann: "Mitbestimmungsrecht, 48-Stunden-Woche, Staatspension, Ferien und Entwaffnung". Der vorhandene Gegensatz zu der Parteileitung liegt denn auch nicht in den Forderungen, sondern in der Taktik. Bis jetzt fungierten die Gewerkschaften als Hilstruppen der S.D.A.P. Die Linken wollen dieses Verhältnis umkehren, die Gewerkschaften zu "Kampforganisationen" machen mit der Partei als Hilfstuppe im Parlament.

Wir sind daher der Ansicht, dass die Streitigkeiten bezüglichlich des Parlamentarismus und in der Gewerkschaftsfrage nicht den Charakter einer Linksströmung tragen, dass sie nur als Opposition anzusprochen sind. Nur die selbstgenügsame Sicherheit, dass alles mit Wahlsiegen zu erreichen sei, ist ins Wanken geraten. Man sucht darum in der Aktion der Massen ausserhalb des Parlaments den treibenden Faktor für erfolgreichen Klassenkampf.

Das scheint noch nicht so schlecht auszusehen und doch hat Arbeiterschaft von dieser "Linksströmung" nicht das Geringste zu erwarten. Möge der Glaube an ein friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus zerstört sein; als Sozialdemokraten verfügen die "Linken" über soviel verknöcherte oder verhärtete "Wahrheiten" dass sie schliesslich doch nur als Hilstruppen der Bourgeoisie fungieren werden. Vor allem ist es die mit der alten Arbeiterbewegung gewachsene Auffassung von der Führung des Klassenkampfes. Der Klassenkampf wird hier zum Schachspiel, von den Führern gespielt, wobei sie die Massen nach ihrer Einsicht vorausschieben oder zurückziehen. Hauptbedingung ist, dass sie die Massen in der Hand haben. Sobald sich Selbstinitiative in der Masse zeigt, pfeifen sie zurück, dann "ohne Ordnung kein Sozialismus". Die "Linken" sind darum für den Verfall geboren; und weil es eine "verhärtete Wahrheit" der Linken ist, ist diese Bewegung nicht zu "revolutionieren". Sie sind und bleiben bei der Konterrevolution und sie können nur von der selbstaktiven Arbeiterschaft zerschmettert werden.

Gerade in ihren Zukunftsaufgaben zeigt sich ihre konterrevolutionäre Rolle. Sie spielen mit dem Gedanken, dass der Kapitalismus keine Verbesserungen mehr geben kann, oder dass er zu stark ist, um sie ihm abzurufen. Es wird den Proleten daher deutlich gemacht, dass jetzt "fundamental sozialistische Änderungen auf nationalen Gebiet" auf dem Programm stehen. Das heisst dann, dass der Staat

A 3

gezwungen worden soll privatwirtschaftliche Grossbetriebe in "Gemeinbesitz" überzuführen. Ministersessel leisten dabei gute Dienste, denn "gerade die teilweise Verfügung über die Regierungsgewalt muss so angewandt werden, dass sie die ganze Inbesitznahme beschleunigen kann". Kurz gesagt: die Linken steuern zielbewusst auf den Staatskapitalismus zu. Das ist denn auch die Lösung des Rätsels, warum die hiesigen linken Sozialdemokraten in Russland "den einzigen Arbeiterstaat der Welt" erblicken. (Diese Terminologie haben sie tatsächlich von den Moskauern übernommen) Damit haben die "linken" Gewerkschaftsführer den offenen Weg des Faschismus gewählt. Dieser Staatskapitalismus soll ihnen dann das "Mitbestimmungsrecht" bringen, während sie die Massen in Ordnung und Disziplin halten zur gefügigen Ausbeutung durch den Staat, welcher den "Gemeinbesitz" exploriert.

Aber das sind alles nur Zukunftsträume der "Linken". Wir erwähnen diese Zielsetzung aber, damit man sehen kann, dass hier keine Möglichkeiten liegen für eine Stärkung des revolutionären Klassenkampfes im Kampf um den Kommunismus.

Wichtig ist nun noch, die Einstellung der "Linken" zu prüfen in der Kolonial- und Agrarfrage. Über die erste Frage berichten wir in der nächsten Nummer der P. I. C.

Der Kampf gegen die Gewerkschaften in England.

"The Commune", Organ der antiparlamentären Kommunisten in Glasgow, enthält einen Leitartikel, der die Arbeiter aufruft die kapitalistische Gewerkschaftsfront zu durchbrechen zur Schaffung einer selbständigen Klassenbewegung. Dabei grenzen die Glasgower sich gegenüber den politischen Gruppierungen ab und zeigen damit zugleich, dass auch die englische Arbeiterbewegung sich gründlich erneuern muss.

Von der anarchistischen Bewegung wird gesagt, dass diese von 1907-1914 die Antiparlamentarier des Glasgower Typs erbittert bekämpft hat. Die, s. weil die Anarchisten zwar politisch antiparlamentarisch eingestellt waren, aber als 100 % Gewerkschaftler das Opfer des ökonomischen Parlamentarismus wurden. Der Weltkrieg vernichtete schliesslich diese Bewegung, weil die Anarchisten zum guten Teil mit "ihrer" Bourgeoisie die kapitalistische "Demokratie" gegen die "Hunnen" verteidigten.

"The Commune" zeigt weiter wie die K.P.E. durch den "Leninismus" zu einer gewöhnlichen sozialdemokratischen Partei wurde, welche in alter, bewährter Taktik des Verrats sich ständig mit s.g. "linken" Gewerkschaftlern verband. Sie half damit einer Menge Streber in den Sattel und verhinderte eine wirkliche Machtformung der Arbeiterklasse.

"The Commune" ruft nun auf zur Bildung einer mächtigen Klassenfront mit folgendem Programm:

- 1) "Die Antiparlamentarier haben keine anderen Ziele als die der Arbeiterklasse. Das Ziel des Antiparlamentarismus ist, nur und allein die Befreiung der Arbeiterklasse; die Eroberung von Brot und Freiheit; die Ersetzung der Eigentums-gesellschaft durch die der Bedarfs-wirtschaft; proletarische und industrielle Demokratie"

2) (Hier wird festgestellt, dass der Parlamentarismus die Souveränität der Arbeit nicht anerkennt und dass es sich nur handeln kann um "alle Macht an die Arbeiter").

3) "Die Souveränität der Arbeit bedeutet nicht, die Diktatur der Antiparlamentarier. Sie sind nicht die Arbeiterklasse, sondern nur ein Teil davon. Darum suchen sie keine Macht für sich selbst zu sichern, aber sie glauben, dass die Arbeiterklasse nur in einen antiparlamentarisch-politischen Kampf befreit werden kann. Während sie ihre eigene Propaganda gegen den Parlamentarismus fortsetzen, versuchen sie einen Ausschuss zu schaffen, unabhängig von politischen Gruppierungen oder Industrien, welcher alle Gruppen der Arbeiterklasse zusammenschliessen soll zu einem kräftigen, sozialen und industriellen Kampf für die Souveränität der Arbeit."

4) "Die Gewerkschaften und Arbeiterparteien haben die Souveränität des Kapitalismus akzeptiert und ihre Treue an Monarchie und Imperialismus erklärt. In Gefolge dieses imperialistischen Reformismus haben die Gewerkschafts- und Parteinstanzen in vielen Städten ganze Ortsgruppen sowie kommunistische Gruppen ausgeschlossen. Die Antiparlamentarier drängen darauf, dass alle diese ausgeschlossenen Gruppen als solche verschwinden und dass sie, ungeachtet von welcher Partei, örtliche Ausschüsse gegenüber die alten Gewerkschafts- und Parteinstanzen gründen, um für die Souveränität der Arbeit zu kämpfen. Die Arbeiter müssen aufgerufen werden Betriebs- und Arbeitslosenorganisationen zu bilden und Abgeordnete zu diesen Ausschuss zu entsenden; desgleichen alle Gruppen, welche denken, dass sie das Prinzip der Souveränität der Arbeit akzeptieren können. Diese Ausschüsse müssen jede Woche eine Sitzung abhalten, jede Woche Bericht erstatten und jede Phase des Kampfes der Arbeit, wie dieser sich in ihren Bezirk entwickelt, beobachten?"

"Nur der Arbeiter ist König!"

"Nur die Arbeit ist Souverän!"

"Alle Macht an die Arbeiterklasse!"

Wir können es nur begrüßen, dass "The Commune" versucht, eine neue Front gegen die Mac Donald, s, Weathly, s, Cook, s, Ben Fillet, s, u. s. w. zu schaffen, doch grosse Hoffnungen haben wir nicht. Mögen auch linke Gruppen aus der offiziellen Labourbewegung herausgedrängt sein, so sind sie damit noch nicht ideologisch reif für die Politik des Selbsthandelns der Massen. Sie denken noch gar nicht an die Vernichtung der Gewerkschaften als solche, n. a. w.: Sie sind noch weit entfernt davon, Demokratie und Parlamentarismus überwunden zu haben.

Bemerkenswert ist noch, dass hier versucht wird, die spezifisch englische Erscheinung des Labour-Organisationsprinzips in der neuen Bewegung beizubehalten. Politische Parteien mit differenten Leitsätzen, Gewerkschaften und "kulturelle" Organisationen finden ihre Zusammenfassung in der allgemeinen "Labourpartei" als "Dachgesellschaft", wodurch eine Front nach aussen entsteht.

Amsterdam, 6 Jan. 1929

Sekr.: H. Canne-Meier
Transvaalstraat 125

P. I. C.

**PERSMATERIAAL VAN DE GROEPEN VAN
INTERNATIONALE COMMUNISTEN**

— SECRETARIAAT: —
KAPELSTR. 3, BUSSUM
Amsterdam, 13 Jan. 1929

Deze mededeelingen worden
toegezonden aan de Rev. pers.
Men wordt verzocht te plaatsen
wat voor de lezers van belang
kan zijn. Op aanvraag krijgt
ieder deze mededeelingen ge-
regeld toegezonden. Gaarne
ontvangt het secretariaat de
uitgaven der verschillende or-
ganisaties als ruilmateriaal.

Die holländische Sozialdemokratie
und ihre linke Strömung.

III

Die Kolonialfrage.

Bedeutung der Exploitationsge-
biete für das "Mutterland". Stel-
lung der "Linken". Die Klasse
"an sich" und die Klasse "für sich".

Herrmann Gorter hat in seiner Broschüre: "Der Imperialismus, der Weltkrieg und die Sozialdemokratie", die ökonomischen Kräfte gezeigt, welche die Massen voll Begeisterung in den imperialistischen Weltkrieg warfen. Er sagt darin dem Sinne nach, dass die Massen die Hebung ihrer materiellen Existenz zum guten Teil der imperialistischen Expansion verdanken. Der Zusammenbruch der Wirtschaft in der Nachkriegszeit hat nun die reformistischen Massen noch fester an die imperialistische Politik ihrer Bourgeoisie gefesselt. England kann seine ungefähr 1½ Mill. Arbeitslosen seit 1921, also fast 8 Jahre, nur ernähren von dem Goldstrom aus seinen kolonialen Ausbeutungsgebieten. Holland verdankt seine verhältnismässig geringe Arbeitslosigkeit zum guten Teil dem Besitze der Kolonialgebiete, weil Schiffs- und Maschinenbau, Textilindustrie u.a. direkt für Indonesien (Niederländisch-Indien) arbeiten. Ferner ist die Kleinbourgeoisie und die Beamtenschaft direkt am Kolonialbesitz interessiert, weil der Nachwuchs gut dotierte Stellen in den Ausbeutungsgebieten erhält.

In der heftigen Epoche, mit dem verschärften "Kampf ums Dasein" der Arbeiter, sind die Massen vor allem in Holland und England, an der Beibehaltung der Kolonialländer interessiert. Ein Verlust dieser Länder würde für sie grössere Arbeitslosigkeit, Verlängerung des Arbeitstages und Herabsetzung der Löhne bedeuten. Es ist daher eine Selbstverständlichkeit, dass die Sozialdemokratie und ihre Gewerkschaften die Kolonialpolitik der holländischen Bourgeoisie, selbst bei dem brutalsten Terror unterstützen.

Es ist noch ein zweiter Grund vorhanden, warum die Sozialdemokratie dem holländischen Imperialismus nicht entgegen tritt, und zwar dass sie die zweitgrösste Partei in Holland ist. Sie ist daher regierungsfähig und soll in diesem Jahre eine Koalitionsregierung mit den Katholiken bilden. Ohne Unterstützung des holländischen Imperialismus ist das aber ausgeschlossen und so erscheint der Ministersozialismus als zweiter Nährboden des sozialdemokratischen Imperialismus.

Die Linken in der S.D.A.P. haben nun in der Kolonialfrage den Boden einer Opposition verlassen und nehmen durch die Moskauer nationalistische Parole: "Indien los von Holland" eine prinzipiell andere Stellung ein. Ohne Zweifel sind wir uns dessen bewusst, dass die Freibringung Indonesiens von Holland eine Herabsetzung der Lebenslage mit sich bringt. Die Forderung wird trotzdem erhoben, weil der Besitz der holländischen Kolonien gefährlich ist in Zusammenhang mit den Wetttrüsten der imperialistischen Mächte. Der Kampf gegen den Imperialismus führt